



FOTO: ISTOCK

Entlastung von Familien gefordert

Die Wirtschaftskammer geht jetzt in die Offensive: Im Rahmen der Sitzung der Sektionspräsidenten wurde einstimmig beschlossen, dass ein eigenständiges Vorgehen unumgänglich sei und deshalb eine Gesetzesinitiative zum Thema Familie und Beruf lanciert wird.

→ Die Wirtschaftskammer Liechtenstein schlägt Alarm: «Die Rahmenbedingungen am Arbeitsplatz Liechtenstein verschlechtern sich dramatisch und gefährden Arbeitsplätze und Unternehmenssteuern.» Im Rahmen einer Pressemitteilung teilten die Sektionspräsidenten vergangene Woche mit, dass ein eigenständiges Vorgehen unumgänglich sei und die Wirtschaftskammer deshalb eine Gesetzesinitiative zum Thema Familie und Beruf lanciert. Eine entsprechende Gesetzesänderung soll sowohl Arbeitgebern als auch Arbeitnehmern Verbesserungen brin-

gen. «Mutterschaft ist keine Krankheit und Teilzeitarbeit soll gefördert werden», hiess es unter anderem.

«Falsche Richtung»

Die Sektionspräsidenten seien im Rahmen der gestrigen Sitzung zum Schluss gekommen, dass die anvisierten Änderungen hinsichtlich der Finanzierung der Taggeldversicherung bei Mutterschaft und die geplante Kita-Förderung für die Wirtschaftskammer und deren Mitglieder «zum Teil nicht zielführend sind oder in die falsche Richtung führen».

Noch keine Details zum Inhalt

Nähere Details zum Inhalt und der Form der Gesetzesinitiative sind vorerst keine bekannt. «Nach eingehender Prüfung der heutigen Situation sind die Präsidenten zum Schluss gekommen, dass die anvisierten Änderungen hinsichtlich der Finanzierung der Taggeldversicherung bei Mutterschaft und die geplante Kita-Förderung für die Wirtschaftskammer und deren Mitglieder zum Teil nicht zielführend sind oder in die falsche Richtung gehen.» Aus diesem Grund werde das Präsidium beauftragt, eine

Volksinitiative auszuarbeiten. Details zu Inhalt und Form werden erst anlässlich des Medien-Apéros am 13. Januar bekannt gegeben.

Die Sektionspräsidenten betonten in ihrer gemeinsamen Mitteilung, dass die Initiative keinen Zusammenhang mit der anstehenden Volksabstimmung zum KVG vom 13. Dezember habe. «Obwohl die Anliegen der Wirtschaftskammer in der jetzigen Fassung nicht berücksichtigt worden sind, steht die Wirtschaftskammer für ein Ja als Abstimmungsempfehlung.»